

04.07.2017

Antrag

der Fraktion der SPD

Steuerentlastungen nicht mit der Gießkanne verteilen - Milliardenausfälle bei Kommunen und Ländern verhindern

I. Ausgangslage

NRW hat im Jahre 2016 erstmals seit mehr als 40 Jahren Überschüsse erwirtschaftet und damit Schulden getilgt. Auch in den kommenden Jahren werden nach den jüngsten Schätzungen deutliche Überschüsse im Landeshaushalt erzielt.

Auch der Bundeshaushalt erwirtschaftet inzwischen stabile Überschüsse.

Einerseits schafft dies den Spielraum für zusätzliche Zukunftsinvestitionen. Schulen müssen dringend auf den neusten Stand gebracht werden, die Energiewende muss bezahlbar bleiben, bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden und die Verkehrsinfrastruktur modernisiert werden.

Auf der anderen Seite bestehen auch genug Spielräume, um Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen bei Steuern und Abgaben gezielt zu entlasten.

II. Der Landtag stellt fest:

Vor diesem Hintergrund bedarf es einer Steuerreform, welche die kleinen und mittleren Einkommen entlastet und der öffentlichen Hand gleichzeitig den Handlungsspielraum für notwendige Zukunftsinvestitionen gibt.

Bisher gibt es auf Bundesebene noch kein durchgerechnetes Steuerkonzept von Union oder FDP, sondern nur einzelne Maßnahmenvorschläge.

Diese erfüllen keine der oben genannten Kriterien. Sie würden in ihrer Umsetzung alleine beim Land NRW zu Einnahmeausfällen von mindestens einer Milliarden Euro führen und bei den Kommunen noch einmal zu 750 Mio. €.

Datum des Originals: 04.07.2017/Ausgegeben: 04.07.2017

Dies steht in eklatantem Widerspruch zu den Versprechen im Koalitionsvertrag von schwarz-gelb auf Landesebene. Dieser enthält Maßnahmen, welche nach ersten groben Schätzungen 3-4 Mrd. € kosten würden.

Alleine eine auskömmliche Kitafinanzierung wird mit mehr als einer Milliarden Euro taxiert, der Ausbau bei Personal und die versprochen Entlastung der Kommunen kostet einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag.

Schon jetzt sind diese Wahlversprechen nicht solide finanziert. Bei Einnahmeausfällen durch eine nicht gegenfinanzierte Steuerreform ist die Schuldenbremse bei Umsetzung der im Koalitionsvertrag versprochenen Maßnahmen nicht einzuhalten.

Auch der Bund der Steuerzahler in NRW hat bereits geäußert, dass man sich hier deutlich verbindlicher Aussagen erwartet habe und einen Plan, wie die immer angekündigte Schuldentilgung, aussehen soll.

Die Ankündigung der neuen Koalitionäre, man müsse sich erst ein eigenes Bild verschaffen ist dagegen eine billige Nebelkerze, um davon abzulenken, dass dieses Thema bei den Koalitionsverhandlungen offensichtlich keine Rolle gespielt hat.

Die SPD hat dagegen ein durchgerechnetes Steuerkonzept vorgelegt, welches ein Entlastungsvolumen von mehr als 15 Mrd. € hat, aber gegenfinanziert wird.

Dabei werden kleinere und mittlere Einkommen gezielt durch die Anhebung der Grenze bei den Steuersätzen sowie durch den Wegfall der Kita-Gebühren entlastet. Der Solidaritätszuschlag wird schrittweise abgeschafft.

Auch dies unterscheidet das Konzept von den Vorschlägen der Union, welche keinen konkreten Zeitplan zur Abschaffung vorlegt.

Das bisherige Ehegattensplitting wird durch ein Familiensplitting ersetzt, wobei ein klarer Bestandsschutz für die bisherigen Regelungen gilt.

Außerdem soll die Parität bei der Gesetzlichen Krankenversicherung wiedereingeführt werden und eine gleitende Zone für Sozialabgaben bei Geringverdienern geschaffen werden.

Gerade diese letztere Maßnahme wird von Experten gelobt, so erklärte Tobias Hentze vom Institut der Deutschen Wirtschaft, diese Maßnahme könne positive Wirkung entfalten.

Durch eine maßvolle Belastung bei sehr hohen Einkommen, eine gerechte Erbschaftsteuerreform und die Abschaffung der Abgeltungsteuer und anderer steuerlichen Privilegien, wie der „Mövenpicksteuer“, ist eine Gegenfinanzierung solide und seriös darstellbar. Mit der Abschaffung der Abgeltungsteuer würde zum Grundsatz zurückgekehrt, dass Einkommen aus Arbeit und Kapital wieder gleich besteuert werden. Auch dies ist gerecht.

Die Abschaffung des „Soli“ belastet zudem nur den Bundeshaushalt.

Mit der Erbschaftsteuerreform werden sehr hohe Vermögen gezielt mehr an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt.

Zudem sollen durch die konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug nach Vorbild von NRW zusätzliche Einnahmen erzielt werden.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) lobt diese Pläne. So erklärte ihr Präsident Marcel Fratzscher dem Bayerischen Rundfunk:

"Der Vorschlag der SPD macht Sinn. Es belastet die oberen zehn Prozent der Gesellschaft mehr, es entlastet aber 80 Prozent in der Mitte."

Die Haushalte von Ländern und Kommunen werden dagegen nicht belastet, wie bei den Ankündigungen von CDU und FDP. Vielmehr lehnen sie es ab, höhere Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung des Staates zu beteiligen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- darzulegen, wie die Ankündigung von CDU und FDP zu einer Steuerreform die Haushalte des Landes und der Kommunen in NRW belasten würden.
- darzulegen, wie bei einer nicht gegenfinanzierte Steuerreform, einen Finanzierung der Versprechen im Koalitionsvertrag ohne neue Schulden möglich ist.
- im Bundesrat keiner Steuerreform zuzustimmen, die zu Einnahmeausfällen bei den Kommunen führt und den Landeshaushalt belastet.

Norbert Römer
Marc Herter
Martin Börschel
Stefan Zimkeit

und Fraktionen